

P R O T O K O L L
der 295. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 22. März 2005
Zeit	19.30 – 21.00 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bettler Suter Verena
Mitglieder	Aebi Florian, Aeschimann Pia, Beck Jolanda, Beyeler Renate, Bigler Ernst, Brüngger Samuel, Chételat-Dangel Caroline, Friedli Rolf, Gantner Urs, Graham Marina, Grubwinkler Ralf, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Künzi-Egli Barbara, Lehmann Beat, Loosli Marc, Lützelschwab-Sturzenegger Nadia, Manz-Tanner Judith, Meyer Roland, Müller Alois, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger-König Daniela, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Stettler Annemarie, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzählerinnen	Aeschimann Pia, Stettler Annemarie
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Mangold Kathrin, Stalder Ritschard Barbara, Staub Christian
Sekretärin/Protokoll	Roth Nicole, Gemeindeschreiberin-Stv.
Entschuldigt abwesend	GGR: Cadetg-Hafen Ruth, Mallepell Elisabeth, Müller Franz, Staub Bettina GR: Cabernard Ursula, Hanke Thomas Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 18. Januar 2005	19
2	Motion Graham (Forum) betr. Spielplatz Dorfschulhaus	19
3	Rahmenkredit Sanierung Schulanlagen 2. Etappe; Abrechnung	20
4	Motion FDP/jf-Fraktion betr. Realisierung der Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11 a, Muri	23
5	Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11 a, Muri	24
6	Motion Aeschimann (Forum) / Staub (SVP) betr. Schaffung einer Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung	27
7	Motion SVP-Fraktion betr. Verbesserung der Licht- und Sicherheitsverhältnisse auf dem gesamten Seidenberggässchen	28
8	Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Auslagerung des Fonds "Altersheim Muri Bern" und "Pflegeheim der Gemeinde Muri"	28
9	Neue parlamentarische Vorstösse	29

Die Präsidentin eröffnet die 295. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Speziell begrüsse sie Francesca Ruta (SP), welche Michael Treina ersetze, und wünsche ihr als jüngstes Ratsmitglied viel Ausdauer und Durchsetzungsvermögen, viel Befriedigung und alles Gute.

„Es wurde ja bereits viel gesagt, geschrieben und sogar gefilmt, zu unserer absoluten Frauenmehrheit in der Politlandschaft von Muri. Trotzdem erlaube ich mir, auch noch etwas zu sagen: Eine nationale Premiere sei es, konnte ich in der Presse lesen, dass Muri, dank dem Losglück von Francesca, sowohl im Parlament wie auch im Gemeinderat jetzt eine Frauenmehrheit habe. Regierungen mit Frauenmehrheiten, das gibt es schon. Aber in der Exekutive und Legislative gleichzeitig, das gibt es in der ganzen Schweiz noch nirgends. Super, darüber freue ich mich riesig!

Neben dieser Freude stimmt mich die Thematik sofort auch nachdenklich. Im Jahr 2005, im 21. Jahrhundert, sollte es doch eigentlich nicht so exotisch sein, dass Frauen in politischen Behörden Mehrheiten verkörpern. Gemessen an der Bevölkerung müsste dieses ca. 50:50-Verhältnis an der Tagesordnung sein.

Aber warum ist es das nicht? Da spielen sicher einige bekannte Umstände eine Rolle. Zum Beispiel: Das klassische Rollenverständnis Familie-Kinder. Und vielleicht auch wir Frauen selber? Und was tun wir dagegen? Wir stellen uns dieser Herausforderung. Übernehmen Verantwortung, auch bei „härteren“ Themen. Arbeiten nicht nur im Hintergrund, getrauen uns, uns auch in der Öffentlichkeit zu positionieren. Frauen stehen für Frauen ein. Denn wenn Frauen konsequent Frauen wählen würden, wäre irgendeinmal die Presseschlagzeile zu lesen: Männer erreichen Mehrheit im Parlament von Muri!

So, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich kehre wieder in die Gegenwart zurück. Wir haben heute Abend noch einige wichtige Geschäfte zu diskutieren, darüber abzustimmen und Position zu beziehen, und zwar wir alle, gemeinsam.“

Mitteilungen

An der Sitzung vom Januar habe der Grosse Gemeinderat entschieden, das Sitzungsgeld den Opfern des Seebebens zu spenden, hält die Vorsitzende fest. Sowohl der Gemeinderat wie auch Karin Pulfer und Nicole Roth hätten sich diesem Entscheid angeschlossen. Am 19. Januar 2005 sei der stolze Betrag von CHF 2'500.00 an die Glückskette überwiesen worden. Dafür danke sie noch einmal ganz herzlich.

Sanierung Pflegeheim

Hans-Rudolf Saxer verweist auf die Orientierung des Parlamentes durch die frühere Ressortchefin Gesundheit, Susanne Leuenberger, am 24. August 2004. Damals habe sie darauf hingewiesen, dass die Sanierungsarbeiten am Pflegeheim gut und fristgerecht hätten abgeschlossen werden können, jedoch leider mit einer grösseren Kreditüberschreitung zu rechnen sei. Aufgrund einer provisorischen Bauabrechnung könne zum jetzigen Zeitpunkt festgehalten werden, dass sich die Gesamtbaukosten auf rund 8 Mio. CHF belaufen, dies beim seinerzeit vom Volk bewilligten Kredit von 6,56 Mio. CHF. Die Kreditüberschreitung von rund 1,5 Mio. CHF entspreche einem Anteil von ca. 23%. Der Gemeinderat habe diese unerfreuliche Tatsache nicht einfach zur Kenntnis genommen, sondern einen aussenstehenden Experten beauftragt, Gründe für diese namhafte Kreditüberschreitung festzustellen, die Schwachstellen aufzuzeigen und insbesondere Empfehlungen für die Zukunft zu formulieren.

Die Abklärungen hätten sowohl positive wie auch negative Punkte ergeben:

1. Der Gegenwert der entstandenen Mehrkosten sei als gut eingestuft worden.
2. Die Arbeiten seien mehrheitlich sorgfältig geplant und ausgeführt worden.
3. Die unerwartet grossen Baumängel des Gebäudes Nussbaumallee 9 aus den siebziger Jahren hätten auf eine fachmännische Art und Weise saniert werden können.
4. Die Grundlagen für die Erstellung des Kostenvoranschlages seien ungenügend gewesen. In den wichtigsten Arbeitsgattungen seien keine Unternehmerofferten eingeholt worden, sondern man habe im Wesentlichen mit Richtofferten und Erfahrungswerten gearbeitet.
5. In ähnlichen Sanierungsgeschäften werde erfahrungsgemäss im Kostenvoranschlag eine Reserve von 10 – 15 % für Unvorhergesehenes eingestellt. Beim Sanierungskredit Pflegeheim aus dem Jahre 2002 habe man lediglich 3,7 % eingeplant.
6. Nicht alle an den Planungs- und Bauarbeiten Beteiligten hätten sich über die Qualifikationen ausgewiesen, welche eigentlich aufgrund ihrer Ausbildungen zu erwarten gewesen wären.
7. Der Kostenkontrolle sei während der Bauausführung zuwenig Gewichtung beigemessen worden. Man habe zu vielen – an sich berechtigten – Wünschen der Benutzer entsprochen, in der Hoffnung die zusätzlichen Kosten im KV auffangen zu können.

Vor diesem Hintergrund würden die Bestrebungen des Gemeinderates insbesondere in zwei Richtungen gehen.

Es werde alles daran gesetzt, in den Abwicklungen von künftigen Projekten den Empfehlungen der Experten so weit als möglich Rechnung zu tragen.

Der Gemeinderat werde weiter alles daran setzen, dass die zu Lasten der Gemeindekasse gehende Kreditüberschreitung von momentan 1,5 Mio. CHF weitmöglichst reduziert werden könne. Diesbezüglich sei man in Verhandlung mit der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion, um die Bearbeitungsreserve von CHF 250'000.00 noch zu aktivieren und damit den Schaden etwas zu mindern. Weiter in Verhandlung sei man mit dem Generalplaner für eine Reduktion der Honoraransprüche. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass man von den 1,5 Mio. CHF noch einen spürbaren Anteil reduzieren könne. Unbestritten sei, dass die ursprünglich budgetierten 6,5 Mio. CHF in die Lastenverteilung eingegeben werden könnten.

Der Gemeinderat werde alles daran setzen, in Zukunft ähnliche Wiederholungen zu vermeiden. Wichtig erscheine dem Gemeinderat jedoch, dass die Mittel sinnvoll hätten investiert werden können und man heute einen Gegenwert habe, nämlich ein gut saniertes Pflegeheim, welches seine Funktion zu Gunsten der BewohnerInnen und des Personals erfüllen könne.

Selbstverständlich werde der Grosse Gemeinderat unverzüglich informiert, sobald die Verhandlungen abgeschlossen seien.

Rechnung 2004

Weiter informiert Hans-Rudolf Saxer, dass die Jahresrechnung 2004 der Gemeinde Muri bei Bern bei einem Aufwand von 70,6 Mio. CHF mit einem Ertragsüberschuss von 1,45 Mio. CHF abschliesse. Da der Voranschlag ein Defizit von CHF 200'000.00 vorgesehen hätte, ergebe sich eine Verbesserung gegenüber dem Budget von 1,65 Mio. CHF. Der Abschluss sei um so erfreulicher, als der im Voranschlag 2004 enthaltene Verkauf der drei Landparzellen im Hargarten im Umfang von 3 Mio. CHF bekanntlich nicht habe realisiert werden können.

Während der Aufwand sehr nahe bei den budgetierten Werten liege, habe bei den Steuern ein Mehrertrag von über 4 Mio. CHF gegenüber dem Voranschlag verzeichnet werden können. Der Mehrertrag sei zu $\frac{3}{4}$ auf höhere Gewinnsteuern von juristischen Personen zurückzuführen.

Das Jahr 2004 sei nochmals von einer Investitionsspitze geprägt worden. Netto seien 13,1 Mio. CHF investiert worden, wobei fast 8 Mio. CHF auf die Sanierung des Pflegeheims entfielen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Netto-Investitionen liege bei 52,17%.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 18. Januar 2005

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Motion Graham (Forum) betr. Spielplatz Dorfschulhaus

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss zu überweisen.

Kathrin Mangold hält fest, der Gemeinderat beantrage die Überweisung der Motion. Er sei, wie die Motionärin und die über 30 Mitunterzeichnenden, der Ansicht, dass Spielplätze wichtige Begegnungsorte für Kinder seien. Er teile auch die Auffassung, dass der Spielplatz Dorf kein Vorzeigeobjekt mehr sei. Die Sanierung der sechs Schulanlagen inkl. Umgebung erfolge in verschiedenen Etappen. In den letzten acht Jahren seien zwei Sanierungsetappen ausgeführt worden, mindestens eine müsse noch folgen. Der genaue Zeitpunkt für die 3. Etappe sei noch nicht festgelegt. Man habe für dringende Arbeiten in den Jahren 2006 – 2008 je CHF 500'000.00 in den Investitionsplan aufgenommen. Das Schulhaus Dorf habe bei beiden bereits ausgeführten Sanierungsetappen eine Tranche erhalten und man habe entscheiden müssen, wofür das Geld eingesetzt werde. Dabei sei der obere Spielplatz nicht prioritär behandelt, sondern für die 3. Etappe vorgesehen worden. Das Parlament habe mit der vorliegenden Motion den Willen zum Ausdruck gebracht, dass dieses Projekt vorgezogen werden solle. Der Gemeinderat stimme dem zu und bitte das Parlament, die Motion Graham zu überweisen.

Der Vorstoss wird weder bekämpft noch wird Diskussion verlangt.

Beschluss

Die Motion Graham (Forum) betreffend Spielplatz Dorfschulhaus wird einstimmig überwiesen.

3 Rahmenkredit Sanierung Schulanlagen 2. Etappe; Abrechnung

Die GPK stimme den zwei Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu, führt Hannes Treier aus. Zu Punkt 1: Es sei festgestellt worden, dass die laufend vorgenommenen Projektanpassungen zweckmässig seien und diese die Fähigkeiten der verantwortlichen Personen - auf die Bedürfnisse einzugehen und trotzdem die vorgegebene Kreditlimite einzuhalten - widerspiegeln würden. Auch den 2. Punkt unterstütze die GPK, sie erachte die Höhe als gerechtfertigt.

Es gehe um die Abrechnung des Rahmenkredites von über 7,95 Mio. CHF, welche im Jahre 2000 vom Volk genehmigt worden sei und in den letzten drei Jahren in allen sechs Schulanlagen verbaut worden sei, hält Kathrin Mangold als gemeinderätliche Sprecherin fest. In der vorliegenden Sanierungsetappe sei es zum grössten Teil um die Substanzerhaltung gegangen: Zimmerrenovierungen, Ersatz von Fenstern, Flickern von Dächern, Erneuerung von elektrischen Anlagen, etc. Man habe entsprechend den heutigen Anforderungen auch Anpassungen bei den Ausbaustandards vorgenommen, dies vor allem im Sanitärbereich. Man habe Mobiliar ersetzt, jedoch nur zu einem kleinen Teil Bauten getätigt, welche neuen Bedürfnissen im Unterricht dienen würden. Ganz viele Sachen seien auf den ersten Blick nicht sichtbar, seien aber für alle Betroffenen, insbesondere für die Schulkinder, die Lehrpersonen und die Schulhausabwarte, sehr wertvoll. Andere Anpassungen seien ersichtlich und könnten zum Teil auch besichtigt werden, wie die Toilettenanlagen, ev. die Schulküche, das Mobiliar, usw.

Im Melchenbühl habe der Kostenvoranschlag nicht eingehalten werden können. Für die massive Überschreitung seien nicht überbordende Wünsche, sondern in erster Linie das Lehrschwimmbecken verantwortlich. Dieses sei auch eine der Bauten aus den 70er Jahren, welche immer wieder für Überraschungen sorgen würden. Auf der anderen Seite habe man während dem Bau Korrekturen vorgenommen. Einerseits um die Qualität und den Komfort zu verbessern, indem eine Bodenheizung eingebaut worden sei, andererseits habe man die Garderoben neu konzipieren müssen. Diejenigen, welche die Anlage kennen würden, wüssten, dass die LehrerInnen-Garderobe nur durch die Garderobe der Kinder erreichbar gewesen sei. Dies sei sehr heikel und nicht mehr zu rechtfertigen gewesen. Diese Korrekturen hätten das Budget etwas durcheinander gebracht. Gesamthaft hätten die Verantwortlichen die Kosten jedoch einhalten können. Die Abrechnung schliesse mit einer Kreditunterschreitung von rund CHF 130'000.00 ab. An dieser Stelle danke sie allen Beteiligten für ihren in den vergangenen Jahren geleisteten Einsatz ganz herzlich.

Vom Betrag von CHF 130'000.00 beantrage der Gemeinderat dem Parlament, CHF 50'000.00 für die Sanierung des Spielplatzes Dorf zurückzustellen. Sie habe es bereits erwähnt, der Gemeinderat sei der Ansicht, dass es nicht Luxus sei, eine Anpassung an heutige Bedürfnisse und Sicherheitsstandards vorzunehmen. Er habe sich für ein Kostendach ausgesprochen und gestern vor Ort noch einmal den Spielplatz besichtigt und sich alles von Rolf Eberhard, Bauverwaltung, fachmännisch erklären lassen. Mit diesen Zusatzinformationen sei der Gemeinderat bestärkt, an seinem Antrag festzuhalten. Gleichzeitig sei er aber auch davon überzeugt, dass es diesen Betrag brauche, wenn man etwas Zweckdienliches, Schönes und den Sicherheitsstandards Entsprechendes schaffen wolle. Sie bitte das Parlament, der vorliegenden Kre-

ditabrechnung zuzustimmen und für die Sanierung des Spielplatzes Dorfschulhaus CHF 50'000.00 zurückzustellen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Marina Graham hält fest, die Forum-Fraktion sei froh, dass mit der 2. Etappe Investitionen für den Unterhalt der Bildungs-Infrastruktur getätigt worden seien. Zudem sei es erfreulich, dass die Abrechnung unter dem Kredit abschliesse. Der Mehraufwand beim Schwimmbad Melchenbühl sei vertretbar, da eine Komfortsteigerung erfolgt sei. Als Motionärin sei sie sehr glücklich, dass die Sanierung des Spielplatzes in die 2. Etappe vorgezogen werde und bereits im Frühjahr 2005 realisiert werden solle. Einzig mit dem Betrag der Rückstellung seien sie und ihre Fraktion nicht einverstanden. CHF 50'000.00 für den Ausbau sei zwar viel Geld, doch es reiche kaum, da der obere Teil des Pausenplatzes über keine Drainage verfüge und schwerwiegende Entwässerungsmängel aufweise. Seit 30 Jahren sei im oberen Teil des Pausenplatzes praktisch nichts mehr gemacht worden. Sämtliche Spielgeräte – ausser einem Karussell – seien nicht mehr bfu-konform und würden den EU-Sicherheitsnormen nicht entsprechen. Der Sand im Sandkasten – auch nicht mehr bfu-konform – sei in 30 Jahren gerade einmal gewechselt worden.

Gemäss fundierten Schätzungen von Fachleuten würde allein schon die Sanierung der Grundlage (Planierung, Drainage) und die Entfernung der alten Spielgeräte ca. CHF 45'000.00 kosten und damit wäre der zugesprochene finanzielle Rahmen schon fast erschöpft. Man hätte daher nur einen sanierten Platz, auf welchem man höchstens ein Denkmal mit dem Titel „Sparschweinchen“ hinstellen könnte, jedoch keinen zweckmässigen Spielplatz. Ohne diese Sanierung wäre jeglicher Betrag unter CHF 80'000.00 weggeworfenes Geld. Die neuen Spielgeräte müssten auf einen sanierten, mit weichen Platten versehenen Boden gestellt werden. Sie wolle eine nachhaltige und keine provisorische Lösung. Auch im Geschäft Beleuchtung Seidenberggässchen bevorzuge der Gemeinderat – zu Recht – die kostenintensivere Variante und keine Flicklösung. Weshalb nicht auch in diesem Geschäft?

Dieser Spielplatz solle nicht provisorisch, sondern in seiner definitiven Form ausgebaut werden. Um ihre Erklärungen zu untermauern, zitiere sie die schriftliche Bestätigung von Herrn Wildbolz, Landschaftsarchitekt, der sich mit diesem Projekt befasst habe: „Die vorgesehene Lösung des Kinderspielplatzes ist kein Provisorium, sondern eine definitive Lösung. Bei späteren Instandstellungsarbeiten der Asphaltbeläge um das Schulhaus wird der Kinderspielplatz nicht tangiert. Die vorgesehene Drainage wird in einen bestehenden Schacht geführt und muss später nicht verändert werden.“ Deshalb stelle sie den Antrag, dass für die Sanierung des Spielplatzes Dorfschulhaus eine Rückstellung in der Höhe der günstigeren der beiden vorliegenden Kostenschätzungen vorgenommen werde, das heisse CHF 80'000.00. Dem Gemeinderat seien nämlich zwei Kostenvoranschläge unterbreitet worden, der eine für CHF 80'000.00, der andere für CHF 100'000.00. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb der Gemeinderat die Kostenschätzung ignoriere und aus eigenen Überlegungen ein Kostendach setze. Es wäre nicht richtig, wenn der Ausbau zulasten von baulichen Massnahmen unter dem Boden eingeschränkt würde. Notabene: Der Gemeinderat sei erst gestern mit der Bauverwaltung den Spielplatz anschauen gegangen und nicht bevor er über den Betrag von CHF 50'000.00 entschieden habe.

Sie bitte das Parlament, ihrem Antrag unter Berücksichtigung folgender Elemente zuzustimmen:

1. Die geplante Lösung für CHF 80'000.00 sei kein Provisorium. Sie sei Bestandteil der vorgesehenen Sanierung der 3. Etappe, deren Realisation zeitlich noch nicht festgelegt sei.
2. Im Schulhaus Dorf seien bereits in der 2. Etappe der Sanierung ca. CHF 12'000.00 gespart worden. Die Abrechnung über den Rahmenkredit Sanierung Schulanlagen 2. Etappe ohne Rückstellung würde eine Kreditunterschreitung von CHF 130'000.00 aufweisen. Die Erhöhung der Rückstellung hätte „formell“ immer

noch im Kredit der 2. Etappe Platz und diese Kosten würden von der 3. Etappe wegfallen.

3. Das Schulhaus Dorf werde dieses Jahr – nicht erst in 5 oder 10 Jahren – sein 100-jähriges Jubiläum feiern. Ein sicherer und würdiger Spielplatz wäre bestimmt das schönste Geschenk für alle Kinder und Familien, die bald dieses Jubiläum feiern werden.

Roland Meyer hält fest, die FDP/jf-Fraktion unterstütze die Sanierung des Spielplatzes, denn es sei wichtig, dass er punkto Sicherheit und Attraktivität für die Kinder stimme. Es sei jedoch zu vermuten, dass zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Motion nicht mit solch hohen Kosten gerechnet worden sei. Darum unterstütze die FDP/jf-Fraktion den Antrag des Gemeinderates, für die Sanierung eine Rückstellung von CHF 50'000.00 vorzunehmen.

Daniela Pedinelli Stotz hält fest, die SP-Fraktion spreche sich für die Genehmigung der Abrechnung dieses Rahmenkredits aus und nehme namentlich die Kreditunterschreitungen mit Befriedigung zur Kenntnis. Sie unterstütze dabei aber den Antrag des Forums auf eine Erhöhung der Rückstellung für die Sanierung des Spielplatzes Dorfschulhaus auf CHF 80'000.00.

Dies nicht etwa, damit mehr Geld buchstäblich in den Sand gesetzt werden könne. Eine Terrainsanierung beim Spielplatz sei jedoch offensichtlich notwendig und soweit unbestritten. Die Geister würden sich allein bezüglich des Zeitpunktes scheiden. Gewisse seien der Ansicht, es sei eine sofortige Sanierung nach allen Regeln der Kunst nötig. Andere wiederum meinten, dass jetzt nur die notwendigsten Arbeiten eingeleitet werden sollten, um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten. Die eigentliche Sanierung solle dann im Rahmen der dritten Bauetappe erfolgen.

Die Fraktion könnte sich vorstellen, dass die umfassende Sanierung des betroffenen Terrainstückes - als Teilstück - ein gangbarer Weg sei und durch dieses Vorgehen letztlich Geld gespart würde, da eine oberflächliche Sanierung aus Sicherheitsgründen ohnehin notwendig sei. Die fundierten Ausführungen von Marina Graham würde sie in dieser Ansicht bestärken.

Nicht bekannt sei, welche Elemente dem GR-Antrag auf eine Rückstellung von CHF 50'000.00 zu Grunde gelegen hätten. Ausführungen dazu würden fehlen, und sie erlaube sich deshalb namens der SP-Fraktion, deswegen eine kleine Rüge anzubringen.

Die SP-Fraktion unterstütze, im Rahmen einer vorsichtigen Finanzplanung, eine Rückstellung im Umfang von CHF 80'000.00. Der Gemeinderat solle aufgrund des zusätzlichen Handlungsspielraums, den er dadurch erhalte, gestützt auf die Aktenlage und gestützt auf die heutigen Vorbringen konkret entscheiden, welcher Sanierungsgrad hier unter Berücksichtigung von Kosten, Nutzen und Sicherheit für die Kinder der zweckmässigste sei. Sie vertraue darauf, dass der Gemeinderat ökonomisch und ökologisch sinnvoll handeln werde.

Urs Grütter (SVP) führt aus, er habe seinerzeit die Motion mitunterzeichnet, da er davon ausgegangen sei, dass damit gewisse Gefahrentatbestände bei überalterten Spielgeräten behoben werden sollten. Bis dahin unterstütze er die Motion nach wie vor, jedoch keinen Schritt weiter. Er werde daher den Antrag des Gemeinderates – zwar punkto Höhe des Betrages mit hochgezogenen Brauen – unterstützen. Er wolle dem Gemeinderat nicht ins Handwerk pfuschen, da es wohl einen gewissen Spielraum brauche. Eine vorgezogene Sanierung könne er nicht unterstützen. Betrachte man den bereits bestehenden doppelten Hartplatz mit Fussballtoren und Netzen etc., werde wohl manch einer denken, dies sei auch nur in Muri möglich. Das Dorf habe schöne und gute Spielmöglichkeiten, dass dabei auch etwas Altertümliches vorhanden sei, sei durchaus vertretbar. Dies könnte in der 3. Etappe immer noch entsprechend saniert werden.

Fritz Schwander (SVP) erklärt, er sei einer der Verfasser der angesprochenen Projekte. Es sei sehr seriös gearbeitet worden, ohne dass am Schluss eine Luxuslösung vorgelegen hätte. Zwei vernünftige Lösungen seien erarbeitet worden; die eine könne man als sogenannte Sparvariante betrachten, die zweite berücksichtige einen Normalausbau. Die erste Variante verursache Kosten von rund CHF 80'000.00, was die Arbeitsgruppe als vernünftig taxieren würde, damit überhaupt etwas gemacht werden könne. Die Variante mit CHF 100'000.00 würde eine Sanierung auf dem ganzen hinteren Bereich ergeben. Eine Kommission habe notabene dieses Projekt begleitet und die beiden Varianten abgesegnet. Er sehe die Möglichkeit, für CHF 80'000.00 etwas zu machen, sei aber nicht davon überzeugt, dass CHF 50'000.00 genug seien, denn dann hätte er keine gute Arbeit geleistet. Die Arbeitsgruppe habe sich seriös mit diesem Projekt beschäftigt und verschiedene Varianten geprüft. Deshalb könne er persönlich den Antrag des Forums unterstützen und bitte das Parlament, diesem zuzustimmen.

Hannes Treier, GPK-Sprecher und Kathrin Mangold, gemeinderätliche Sprecherin, verzichten auf das Schlusswort.

Beschluss

Mit 17 (Antrag Forum) zu 16 Stimmen (Antrag GR) und 3 Enthaltungen wird für die Sanierung des Spielplatzes Dorfschulhaus eine Rückstellung von CHF 80'000.00 beschlossen.

Schlussabstimmung

1. Die Abrechnung über den Rahmenkredit Sanierung Schulanlagen 2. Etappe wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit von CHF 8'063'000.00 mit Kosten von CHF 8'012'576.00 ab (Kreditunterschreitung von CHF 50'424.00).
2. Die Kreditabrechnung umfasst eine Rückstellung für die Sanierung des Spielplatzes Dorfschulhaus von CHF 80'000.00.

4 Motion FDP/jf-Fraktion betr. Realisierung der Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11 a, Muri

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss zu überweisen und ihn gleichzeitig abzuschreiben.

Barbara Stalder Ritschard hält fest, familienergänzende Kinderbetreuung sei dem Gemeinderat sehr wichtig. Es sei ein Bedürfnis der Bevölkerung, eine Aufgabe einer zukunftsgerichteten und fortschrittlichen Gemeinde und auch ein Standortvorteil. Hier seien Gelder der öffentlichen Hand gut investiert. Man wisse auch, dass sehr viel Geld wieder zurückkomme. Dies nicht nur bei den Steuereinnahmen, sie denke, dass es insbesondere auch Einsparungen im Sozialbereich und in der Bildung gebe. Darum werde im nächsten Geschäft dem Anliegen dieser Motion entsprochen, weshalb es wiederum folgerichtig sei, dass dieser parlamentarische Vorstoss überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben werde.

Die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung dieser Motion wird nicht bestritten.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Die Motion der FDP/jf-Fraktion betreffend Realisierung der Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11 a, Muri, wird überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

5 Kindertagesstätte Steinhübeliweg 11 a, Muri

Die GPK sei damit einverstanden, dass der Gemeinderat dieses Geschäft nun vorantreiben wolle, hält Martin Häusermann fest. Das Risiko infolge des zurzeit noch ungewissen Ausgangs einer finanziellen Unterstützung des Kantons Bern sowie des Bundes werde als vertretbar erachtet. Die GPK habe sich überzeugen lassen, dass die Mehrkosten gegenüber der Vorlage vom Juni 2004 gerechtfertigt seien. Dies, weil eine Neuausschreibung vorgenommen werden müsse und weil insbesondere durch die Vergabepaxis eine Steigerung der zu erbringenden Leistungen erwartet würde. Bezüglich der Projektausführung sei an der GPK-Sitzung die Standortfrage nochmals kurz diskutiert, jedoch als richtig erachtet worden. Auch das Betriebskonzept erscheine sinnvoll. Die GPK stimme dem Antrag des Gemeinderates mit 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Dasjenige Projekt, welches man letztes Jahr aufgrund des Moratoriums zurückgestellt habe, liege nun wieder vor, hält Barbara Stalder Ritschard als gemeinderätliche Sprecherin fest. Man sei nicht mehr bereit, noch länger zu warten; diese Kita sei ein Bedürfnis in der Gemeinde Muri. Das vorliegende Projekt sei sehr gut, mit minimalen Um- und Anbauten am Gebäude, damit es den Bedürfnissen einer Kita gerecht werde. Mit dieser Kita könnten 20 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden, welche in der Gemeinde gebraucht würden. Daran ändere sich auch nichts, dass im Siloah eine private Kita eröffnet werde. Auf der Kita-Warteliste der Gemeinde stünden aktuell (Stand 22. März 2005) 56 Kinder; dies entspreche 3620 Belegprozenten und sei sehr viel. Eine private Kita möge es dabei durchaus vertragen und Konkurrenz habe auch positive Aspekte.

Man brauche eine 2. Kita, welche durch die Gemeinde geführt werde und man brauche eine Kita in Muri. Sehr viele Kinder seien nicht während 5 Tagen die Woche in der Kita, sie würden zum Teil an gewissen Tagen auch privat betreut. Für diese Kinder sei es wichtig, dass die Kita in ihrem Quartier oder zumindest in der Nähe sei. Dies fördere die Integration und die Kinder könnten sich auch mal mit einem „Gspänli“ aus dem Quartier treffen. Die Nähe zu Kindergarten oder Schule sei wichtig, damit die Kinder auch einen Schulweg hätten, welchen sie ohne Begleitung von Erwachsenen bestreiten und dadurch soziale Erfahrungen machen könnten. Aus diesen Gründen sei man überzeugt, dass die Kita am Steinhübeliweg 11 a ideal wäre. Der Gemeinderat bitte das Parlament, dieses Projekt, welches gut abgeklärt worden sei und an welchem seit einigen Jahren gearbeitet werde, nun voranzutreiben und dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Auf Antrag der SVP erfolgt ein 10-minütiger Sitzungsunterbruch.

Eintreten wird nicht bestritten.

Namens der FDP/jf-Fraktion hält Nadia Lützelschwab-Sturzenegger fest, im Juni des vergangenen Jahres habe der Gemeinderat beabsichtigt, das vorliegende Geschäft dem Parlament zu Händen der Volksabstimmung zu unterbreiten. Aufgrund des Moratoriums des Kantons Bern, welches im gleichen Monat erlassen worden sei, sei das Geschäft zurückgezogen worden. Die FDP/jf-Fraktion habe damals die vorsichtige

Haltung des Gemeinderates unterstützt. Ende des letzten Jahres sei bekannt geworden, dass das Moratorium voraussichtlich bis Ende 2005 verlängert werde. Die FDP/jf-Fraktion stelle fest, dass das Angebot einer zusätzlichen Kindertagesstätte einem offensichtlichen Bedürfnis der Gemeinde entspreche. Es bestehe nämlich ein permanenter Nachfrageüberhang für einen Platz in einer Kindertagesstätte. Im weiteren sei sie auch der Auffassung, dass es zur Aufgabe einer modernen Gemeinde gehöre, nebst der Tagesschule, genügend Betreuungsplätze in einer Kindertagesstätte anbieten zu können. Dies auch mit vergünstigten Plätzen, wodurch auch die Einwohner mit verminderten Einkommen die Möglichkeit erhalten würden, ihre Kinder in einer Kindertagesstätte unterzubringen. Im Weiteren habe das Betriebskonzept der Kita Steinhübeliweg überzeugt, indem mit der Führung als Aussenstelle der Kita Kunterbunt Synergien geschaffen werden könnten. Die Beurteilung der finanziellen Konsequenzen habe ergeben, dass diese für die Gemeinde grundsätzlich tragbar seien und das Risiko vertretbar sei. Gestützt auf diese Gründe unterstütze die FDP/jf-Fraktion den Antrag des Gemeinderates. Selbstverständlich werde der Gemeinderat gebeten, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Kosten nach dem Moratorium trotzdem in den Lastenausgleich fliessen könnten.

Die FDP/jf-Fraktion habe immer betont, dass – entsprechend der Tagesschule – auch bei den Kindertagesstätten ein Kostendeckungsbeitrag von rund 40% angestrebt werde. Der Gemeinderat zeige auf, dass ein verbesserter Kostendeckungsbeitrag von 3% pro verkauften Platz erzielt werden könnte. Daher werde auch der Verkauf von 5 Kindertagesplätzen angestrebt, mit welchem ein Kostendeckungsbeitrag von insgesamt rund 47% erreicht werden könnte, was sie als sehr erfreulich taxiere. Neue Abklärungen hätten im Übrigen auch ergeben, dass die Nachfrage nach dem Kauf von solchen Plätzen vorhanden sei. Die FDP/jf-Fraktion unterstütze auf der einen Seite den Verkauf von Betreuungsplätzen, möchte aber darauf hinweisen, dass die Kita Kunterbunt im vergangenen Jahr bereits einen Kostendeckungsgrad von 40,3% erreicht habe, ohne dass Plätze verkauft worden seien. Darum sei die FDP/jf-Fraktion zuversichtlich, dass auch bei der Kita Steinhübeliweg ein positiver Kostendeckungsgrad erreicht werden könne. Zum Schluss wolle sie namens der FDP/jf-Fraktion noch einmal festhalten, dass es sehr wichtig sei, dass die Gemeinde dem Bedürfnis der Bevölkerung nachkomme, indem genügend Betreuungsplätze geschaffen würden, dies insbesondere auch im Dorfteil Muri, da die bereits bestehende Kita in Gümligen sei.

Pia Aeschmann führt aus, dies seien sehr schöne – für sie eher ungewohnte Worte – die da zu hören seien. Die Forum-Fraktion freue sich, dass dank den Wahlen dieses Geschäft nun ohne Widerstand behandelt werde, und stimme dem Antrag des Gemeinderates zu.

In der Botschaft dieses und des vorangegangenen Geschäftes habe sie ein paar Punkte vermisst, welche sie gerne noch ergänzen möchte.

„Was bringt uns, den Kindern, der Familie etc., diese Kindertagesstätte in dieser Gemeinde?“ Wer nun Angst habe, sie wiederhole die persönliche Erklärung über die Wichtigkeit der gesellschaftspolitischen Situation vom vergangenen Juni, müsse sie leider enttäuschen. Dies könne im Juni-Protokoll nachgelesen werden.

Kinder, welche eine Kita besuchen würden, seien zwischen 0 und 6 Jahren alt. In dieser Zeitspanne fänden die grössten Entwicklungsschritte des Lebens statt. Eine Früherkennung von Entwicklungsverzögerungen, sprachlichen Schwierigkeiten, motorischen Defiziten, usw. würden dem Kind eine Chance bieten, da es mit pädagogisch einfachen Mitteln unterstützt werden könne. In dieser Zeitspanne würden Kinder besonders viel lernen und könnten auch viel erreichen. Würde dies erst später entdeckt, müssten die Kinder in der Schulzeit mit zahlreichen Zusatzstunden, Spezialunterricht, etc. diese Kompetenzen „erkämpfen“. Vor 2 Wochen habe eine Veranstaltung zum Thema Mobbing der Ober- und Mittelstufe stattgefunden, vor zwei Jahren für die Unterstufe / Kindergarten. In beiden Referaten sei festgehalten worden, dass die Prävention bei den ganz kleinen Kindern anfangen sollte.

In der Kita würden die Kinder normalerweise zum ersten Mal aus der Familie in eine Kindergruppe kommen, wo das Rollenverhalten anfangen. Die Kinder in diesen Rollen zu unterstützen bzw. das Rollenverhalten aufzuzeigen bedeute Prävention. Das Andere zu akzeptieren, seine eigene Meinung zu vertreten, bei Konflikten positive Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten ohne dreinzuschlagen, sei Prävention in Sachen Gewalt. Nicht zuletzt werde auch Suchtprävention betrieben, da nicht sofort immer die eigenen Bedürfnisse befriedigt werden könnten.

Gemäss Pisa-Studie könnten Kinder, welche eine Kita besucht hätten, im Kindergarten und in der Schule leichter integriert werden, da sie in ihrer Entwicklung pädagogisch unterstützt worden seien. Dies gelte auch für die Integration von fremdsprachigen Kindern. Es sei ihr wichtig, dass all diese und die gesellschaftspolitischen Gründe in der Botschaft auch enthalten seien, wie auch die Diskussion über den Lastenausgleich, den Verkauf von Plätzen, den Standortvorteil etc.

Heutzutage seien Kindertagesstätten ein „must to have“ und nicht ein „nice to have“!

Marc Loosli hält namens der SVP-Fraktion fest, es mache den Anschein, dass Sinn und Nutzen der Kindertagesstätte enorm umstritten seien. Dies erstaune ihn. An der letzten SVP-Fraktionssitzung seien weder der Standort, der Nutzen, noch die anstehende Umsetzung bestritten worden. Erst danach hätten die Fraktionsmitglieder erfahren, dass im Siloah ebenfalls eine Kindertagesstätte geplant sei. Erkundigungen bei der Stiftung Siloah hätten ergeben, dass eine Kita mit 30 Betreuungsplätzen geplant sei, wobei die Stiftung auch bereit wäre, 20 Plätze in einem Leistungsvertrag an die Gemeinde Muri abzutreten. Gegenüber der Gemeinde-Kita hätte die Kita im Siloah länger geöffnet und sei günstiger, etwas unvorteilhafter sei der Standort. In seinem Grundverständnis wehre sich etwas, wenn die Gemeinde einen Privaten konkurrenzieren würde. Es würde entweder für die Gemeinde oder die Stiftung Siloah schwierig werden, da beide einen Verkauf von Plätzen an Firmen geplant hätten. Ob mittel- oder langfristig alle 50 geplanten Plätze benötigt würden, sei abzuwarten. Es sei klar, dass die Stiftung Siloah auch mit 10 Plätzen starten könne, wenn das Bedürfnis nicht vorhanden sei.

Befremdet habe die Fraktion, dass man erst durch das Inserat davon erfahren und vorher nicht realisiert habe, dass nebst der Gemeinde-Kita noch eine Private geplant sei. Man habe nicht Freude, dass die Gemeinde einen Privaten konkurrenzieren, sei aber nach wie vor der Überzeugung, dass ein Bedarf nach solchen Betreuungsplätzen und ein Nutzen für die Gemeinde bestünden. Deshalb werde die SVP-Fraktion für die Kindertagesstätte stimmen.

Nach den Misstönen, die der Rückzug der Vorlage letztes Jahr hervorgerufen habe, freue sich die SP-Fraktion über das da capo: die Wiederaufnahme des Geschäfts, hält Judith Manz-Tanner fest. Es sei erfreulich, dass die Gemeinde jetzt selbstbewusst mit dem Ausbau der familienexternen Betreuungsmöglichkeiten weiterfahre, auch wenn dafür nicht sofort die kantonalen und eidgenössischen Geldsäcke geöffnet würden. Es gebe bereits gute und bewährte Angebote und die Wiederaufnahme des Projektes Kita Steinhübelweg 11 a zeige, dass diesbezüglich ein wirkliches Bedürfnis nachgegangen und den heutigen sozialen Realitäten entgegengekommen würde. Mit dem Standort Steinhübelweg bekomme auch Muri eine Kindertagesstätte. Die Erfahrungen der Kita Kunterbunt würden einbezogen und damit wertvolle Synergien genutzt. Die SP-Fraktion finde die Vorlage seriös und das Geld gut investiert, nämlich in weitsichtige Familienpolitik auf Gemeindeebene.

Lee Streit (Forum) hält fest, sie habe ebenfalls Erkundigungen bei Herrn Mattmann von der Stiftung Siloah eingeholt und andere Auskünfte erhalten als Marc Loosli. Aufgrund der Raumverhältnisse bestehe die Möglichkeit, 1 oder 2 Gruppen zu führen, dies entspreche 10 oder 20 Plätzen. Die Kita sei vor allem als betriebseigene Kita geplant, da die Stiftung Siloah 450 Angestellte beschäftige, davon 400 Frauen. Falls nicht alle Betreuungsplätze belegt würden, wäre sie auch bereit, einige Plätze – bei

100% zu ca. CHF 2'200.00 monatlich – zu verkaufen. Der effektive Preis sei noch nicht definitiv bekannt, dieser Betrag beruhe gemäss Auskunft von Herrn Mattmann auf ersten Berechnungen. Sie habe sich nach diesem Telefonat gefragt, ob die Stiftung Siloah bei der Firmenumfrage, welche ein enttäuschendes Resultat ergeben habe, auch angeschrieben worden sei.

Bezüglich der Nachfrage habe sie keine Bedenken. Sogar wenn die Stiftung Siloah und die Gemeinde je 20 Betreuungsplätze schaffen könnten, seien immer noch Kinder auf der Warteliste.

Urs Grütter (SVP) führt aus, die Stiftung Siloah sei eine alteingesessene Einrichtung, zu welcher die Gemeinde guten Kontakt pflege. Er frage sich, warum die Gemeinde erst sehr kurzfristig, über das Inserat, von der geplanten Kita erfahren habe. Dies habe ihn sehr gestört. Positiv zu werten sei, dass man mit beiden Angeboten punkto Bedarf einigermaßen im Hick wäre. Deshalb sei die Verwirklichung der Gemeinde-Kita nun sicher nicht absurd.

Weiter gebe ihm zu denken, dass die Stiftung Siloah offenbar ohne eine Subvention von einer halben Million Franken das Gleiche anbieten könne, wie die Gemeinde es mit Subventionen könne. Dies sei seines Erachtens noch eine Hausaufgabe des Gemeinderates; diesbezüglich seien wohl noch Abklärungen mit der Stiftung Siloah notwendig.

Martin Häusermann, GPK-Sprecher und Barbara Stalder Ritschard, gemeinderätliche Sprecherin, verzichten auf das Schlusswort.

Beschluss zu Handen der Volksabstimmung (36 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

1. Zur Errichtung einer Kindertagesstätte in der Liegenschaft Steinhübeliweg 11a in Muri wird ein Verpflichtungskredit von CHF 839'300.00 gesprochen.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, den Bruttobetriebsaufwand von CHF 457'380.00 in die jeweiligen Voranschläge aufzunehmen. Die aufgelaufene Teuerung darf berücksichtigt werden.

6 Motion Aeschimann (Forum) / Staub (SVP) betr. Schaffung einer Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss abzuschreiben.

Das Wort wird von Barbara Stalder Ritschard, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Pia Aeschimann (Forum) dankt – auch im Namen von Christian Staub und der Projektgruppe Pro-Tag – für die rasche Umsetzung dieser Motion. Dies sei nicht ganz einfach gewesen, sie danke auch denjenigen im Parlament, welche geholfen hätten, eine Mehrheit zu finden. Der Gemeinderat habe sich ja damals gegen die Überweisung der Motion ausgesprochen.

Die Projektgruppe Pro-Tag habe ursprünglich zum Ziel gehabt, einen Tageselternverein zu gründen. Dies erübrige sich nun durch die Schaffung der Vermittlungsstelle, deshalb habe sich die Projektgruppe aufgelöst. Von der Gemeinde, der Kirchgemeinde und der Pro Juventute sei Pro-Tag finanziell unterstützt worden. Davon seien noch CHF 250.00 übrig geblieben, diesen Betrag habe man der Koordinationsstelle übergeben, welcher allenfalls für einen Anlass eingesetzt werden könnte. Nochmals

danke sie allen herzlich, welche mitgeholfen hätten, dass in der Gemeinde Muri nun eine Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung vorhanden sei.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Die Motion Aeschimann (Forum) / Staub (SVP) betr. Schaffung einer Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung wird als erledigt abgeschrieben.

7 Motion SVP-Fraktion betr. Verbesserung der Licht- und Sicherheitsverhältnisse auf dem gesamten Seidenberggässchen

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss zu überweisen.

Das Wort wird weder von Hans-Rudolf Saxer, gemeinderätlicher Sprecher, noch von der SVP-Fraktion als Motionärin verlangt.

Die Überweisung wird nicht bestritten.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Die Motion SVP-Fraktion betr. Verbesserung der Licht- und Sicherheitsverhältnisse auf dem gesamten Seidenberggässchen wird überwiesen.

8 Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Auslagerung des Fonds „Altersheim Muri Bern“ und „Pflegeheim der Gemeinde Muri“

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss zu überweisen.

Das Wort wird weder von Hans-Rudolf Saxer, gemeinderätlicher Sprecher, noch von der FDP/jf-Fraktion als Verfasserin des Postulates verlangt.

Die Überweisung wird nicht bestritten.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Auslagerung des Fonds „Altersheim Muri Bern“ und „Pflegeheim der Gemeinde Muri“ wird überwiesen.

9 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Forum betreffend Gemeindepartnerschaft Rumänien

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit einer Gemeinde in Rumänien eine zeitlich beschränkte Partnerschaft einzugehen mit dem Ziel "Aufbauhilfe" (insbesondere gemeindespezifische öffentliche Infrastruktur). Der Gemeinderat schafft die erforderlichen Voraussetzungen, um einen effizienten Wissenstransfer zu gewährleisten und nimmt die dazu notwendigen Mittel im Budget 2006 auf.

Begründung:

Rund 15 Jahre nach der politischen Wende ist Rumänien immer noch eines der ärmsten Länder Europas. Die Menschen leben in den einfachsten Verhältnissen. Auch die Gemeinden haben wenig finanzielle Mittel und eine öffentliche Infrastruktur, die nur das Allernötigste abdeckt. Gerade auf Gemeindeebene versuchen aber initiativ Menschen, eine Gemeindestruktur zu etablieren, welche demokratische Abläufe nach westlichem Muster ermöglicht. Diese Bestrebungen sind jedoch auf Unterstützung angewiesen. Hier könnte Muri mit einem relativ bescheidenen jährlichen Beitrag von beispielsweise CHF 20'000.00 (eventuell aus dem Budgetposten 591, Hilfsaktionen im Ausland) gezielte Hilfe leisten und so seine Solidarität mit einem der ärmsten Länder Europas konkret ausdrücken.

Eine Arbeitsgruppe hat in den vergangenen 18 Monaten intensiv nach einer Gemeinde gesucht, mit welcher eine Partnerschaft möglich wäre. Durch einen in der Rumänienhilfe tätigen Schweizer hat sie zudem ein Dossier als Ausgangsbasis erstellen lassen. Es bestehen folgende Möglichkeiten einer Zusammenarbeit:

- Mitfinanzierung einzelner Projekte
- Vermittlung von Know-how
- Besuchsermöglichung von rumänischen Behördenmitgliedern
Ziel: Erwerb von Know-how
- Ermöglichung von Kurzeinsätzen in Rumänien von Muriger Gemeindeangestellten
Ziel: Vermittlung von Know-how
- Falls vorhanden: Lieferung von ausgedienten Materialien aus den verschiedenen Bereichen der Gemeindeverwaltung (Büro-/Schulmobiliar, Werkhof, Feuerwehr)
- Nach Bedarf: Einsätze von Jugendgruppen (z.B. Wegbau)

Muri, 22. März 2005

Lee Streit (Forum)

U. Wenger, S. Brüngger, R. Raaflaub, U. Gantner, B. Künzi, P. Aeschmann, U. Siegenthaler, V. Bettler Suter, R. Beyeler, M. Häusermann, D. Schönenberger, M. Loosli, F. Schwander, H. Treier, R. Grubwinkler, B. Lehmann, B. Wegmüller, M. Graham, F. Ruta, J. Manz, K. Heer, A. Stettler (23)

Motion Friedli (SVP) betreffend Raumbedarf / Angebot Schulhäuser

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Raumangebot in den Schulhäusern und Kindergärten der Gemeinde zu überprüfen. Insbesondere ist aufzuzeigen, wie sich abzeichnende Überkapazitäten für weitere Schulungs- / oder Betreuungsangebote verwendet werden können. Die aktuelle Situation ist dem Parlament zu unterbreiten.

Begründung:

Durch den laufenden Rückgang von Schülerzahlen sind Überkapazitäten im Raum-

angebot zu erwarten: So dürfte bis ins Jahr 2010 der Schülerbestand in der Gemeinde wiederum auf den Wert von 1970 absinken, bevor das Moosschulhaus gebaut wurde. Durch die sich verändernden Anforderungen an den Schulbetrieb ist eine gewisse Zunahme des Raumangebots pro unterrichteten Schüler zu erwarten. Dennoch könnte das Raumangebot in unserer Gemeinde im Vergleich zu umliegenden Gemeinden und der Stadt Bern sehr hoch liegen. Da die Gemeinde die Verantwortung für die Planung der Schulhäuser inne hat, und das Raumprogramm für Anlagen der Primarstufe vom 8.12.1995 keine Gültigkeit mehr hat, muss der Raumbedarf periodisch überprüft werden. Allenfalls frei werdende Schulflächen sollten durch zusätzliche Bildungsangebote (z.B. Begabtenförderung, 10. Schuljahr, Seniorenbildung Erwachsenenbildung, oder Vermietung an private Institutionen) zur Ausweitung des Bildungsangebotes in der Gemeinde beitragen. Zusätzlich sind diese Informationen für die anstehende Planung der III. Sanierungsstufe der Gemeindeschulhäuser unverzichtbar und müssen bei dieser Planung berücksichtigt werden.

Muri, 22. März 2005

Rolf Friedli (SVP)

U. Grütter, B. Lehmann, E. Bigler, A. Stettler, J. Ziberi, B. Wegmüller, M. Loosli, S. Brüngger, A. Müller, U. Gantner, R. Grubwinkler, K. Heer, A. Kauth, R. Meyer, B. Künzi, M. Graham, H. Treier, D. Pedinelli, J. Beck, F. Aebi (21)

Motion Meyer (FDP) / Müller FDP) betreffend Parkiersituation um den Bahnhof Gümli-
gen

Der Gemeinderat wird beauftragt, zur Verbesserung der Parkiersituation an den kritischen Strassen im Bereich des Bahnhofs Gümli - Moosstrasse / Füllerichstrasse / Dorfstrasse / Schulhausstrasse - die heutige weisse Zone in eine blaue Zone umzuwandeln.

Begründung:

Bedingt durch die zunehmende Zahl an vorwiegend auswärtigen Pendlern, die ihre Fahrzeuge an diesen Strassen kostenlos abstellen, werden die Anwohner und die anwesenden Betriebe zunehmend gestört und behindert. Es sollten diesbezüglich Massnahmen ergriffen werden, um diese Umstände zu verbessern.

Muri, 5. Februar 2005

Roland Meyer (FDP)
Franz Müller (FDP)

U. Siegenthaler, R. Beyeler, L. Streit, R. Friedli, U. Wenger, S. Brüngger, J. Beck, E. Bigler, M. Häusermann, J. Manz, F. Aebi, R. Grubwinkler, V. Bettler Suter, N. Lützel Schwab, B. Wegmüller, R. Raaflaub, A. Kauth, B. Künzi, C. Chételat, K. Heer, H. Treier, M. Loosli, A. Stettler, P. Aeschmann, J. Ziberi (27)

Motion Wegmüller (SP) betreffend Unterstützung der Drogenrehabilitations-Wohngemeinschaft Steinhübeli bei der Raumsuche

Der Gemeinderat wird beauftragt, den "Verein Steinhübeli Muri" zur Führung der Drogenrehabilitations-Wohngemeinschaft Steinhübeli aktiv bei der Suche nach neuen

Räumlichkeiten zu unterstützen.

Begründung:

Die Drogenrehabilitations-Wohngemeinschaft Steinhübeli in Muri erfüllt bei der Eingliederung von Drogenabhängigen eine sehr wichtige Funktion. Mit der Kündigung des bisherigen Mietvertrages auf den 31. Juli 2005 ist das Weiterbestehen dieser Wohngemeinschaft akut gefährdet. Der Gemeinderat soll mit allen Mitteln den Verein bei der Raumsuche unterstützen, damit diese Wohngemeinschaft weiter in der Gemeinde Muri bestehen kann. Der Verein wird wesentlich von der Reformierten Kirchgemeinde Muri-Gümligen getragen und ist damit in der Gemeinde stark verankert und vernetzt.

Muri, 22. März 2005

Beat Wegmüller (SP)

U. Siegenthaler, P. Kästli, A. Kauth, R. Grubwinkler, R. Beyeler, M. Häusermann, M. Loosli, F. Schwander, U. Wenger, S. Brüngger, V. Bettler Suter, D. Pedinelli, F. Aebi, J. Ziberi, J. Manz, F. Ruta, R. Raaflaub, J. Beck, L. Streit, U. Gantner, P. Aeschmann (22)

Postulat Grubwinkler (jf) / Ruta (SP) betreffend Information zur Jugendmotion und staatskundlicher Bildung von Schülerinnen und Schülern in unserer Gemeinde

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob jährlich die Schülerinnen und Schüler, die das Jugendmotionalter erreichen, in einer politisch neutralen Form über ihre Rechte informiert werden können. Gleichzeitig könnte eine staatskundliche Lektion abgehalten werden, die über Punkte, wie sie im Politlexikon unter www.jugendmotion.ch zu finden sind, aufklärt.

Begründung:

Im Jahr 2001 wurde für die Jugendlichen zwischen dem 13. und 18. Lebensjahr das Mittel der Jugendmotion geschaffen. Damit wurde damals erstmalig in der Schweiz noch nicht stimm- und wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, verbindliche Vorschläge in einem Parlament einzureichen. Damit die Schüler aus erster Hand von dieser Möglichkeit erfahren, bitten wir den Gemeinderat zu prüfen, ob jährlich alle Schülerinnen und Schüler, die das 13. Alterjahr erreichen, über ihre neuen politischen Rechte informiert werden können.

Diese Information könnte durch den Gemeindepräsidenten, den Präsidenten des Parlamentes, Gemeinderäte oder durch die Gemeindeschreiberin politisch neutral durchgeführt werden.

Wenn die Schülerinnen im Alter von 16 Jahren aus der obligatorischen Schulpflicht entlassen werden, fehlt ihnen oft das grundlegende Wissen über die staatskundlichen Gegebenheiten in unserem Land. Daher könnte anlässlich dieser Information ein kurzer staatskundlicher Abriss vermittelt werden. Der Anlass sollte pro Schulhaus zentral durchgeführt werden und zwischen 45 und 90 Minuten dauern.

Gümligen, 22. März 2005

Ralf Grubwinkler (jf)
Francesca Ruta (sp)

L. Streit, M. Loosli, J. Beck, U. Wenger, N. Lützel Schwab, F. Schwander, R. Friedli, U. Siegenthaler, E. Bigler, P. Kästli, V. Bettler Suter, P. Aeschmann, J. Ziberi, B. Wegmüller, B. Lehmann, F. Aebi, A. Kauth, B. Künzi, C. Chételat, K. Heer, H. Treier, D. Pedinelli, R. Beyeler, J. Manz, U. Gantner, R. Meyer (28)

Postulat Pedinelli (SP) betreffend Handy und Internet; Sensibilisierungskampagne der Schule

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie weit und in welchem Rahmen die Kinder an unseren Schulen bereits ab der dritten Primarschulklasse stufengerecht auf Gebrauch und Missbrauch von Handys und Internet vorbereitet werden können.

Begründung:

Bereits in jungen Jahren verfügen unsere Kinder oft über Handys und über Zugangsmöglichkeiten zum Internet. Sie setzen sich mit den technischen Möglichkeiten oft schneller und besser auseinander als deren Eltern. Gleichzeitig schießen Abzockerfirmen mit unseriösem Dienstleistungsangebot wie Pilze aus dem Boden und versprechen sich aus der Ignoranz der Konsumentinnen und Konsumenten schnelle astronomische Gewinne. Die Gesetzgebung hinkt dieser Realität wie immer hinten nach. Die Eltern sind aufgrund ihrer eigenen spärlichen Kenntnisse hoffnungslos überfordert und können ihren Aufklärungspflichten daher nur ungenügend nachkommen. Unsere Kinder sollten daher in der Schule möglichst frühzeitig und stufengerecht auf Gebrauch und Missbrauch dieser Kommunikations- und Informationsmittel vorbereitet werden. Als erwünschte Folge könnte das Handy als Statussymbol bei dieser Gelegenheit entmystifiziert werden.

Muri, den 22. März 2005

Daniela Pedinelli Stotz

J. Manz, J. Ziberi, M. Graham, F. Schwander, F. Ruta, F. Aebi, B. Wegmüller, V. Bettler Suter (9)

Interpellation Wegmüller (SP) betreffend gefährliche Plakatstandorte

Was unternimmt der Gemeinderat, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Muri zwischen freistehenden Strassenreklamen und dem Fahrbahnrand ein Mindestabstand von 3m eingehalten wird?

Welche Massnahmen sind insbesondere bei der RBS-Station Muri vorgesehen?

Begründung:

Im Zusammenhang mit dem Rechtsstreit zwischen der Allgemeinen Plakatgesellschaft und der IG Velo Bern hat das Bundesgericht im Dezember 2004 festgehalten, dass innerorts freistehende Strassenreklamen mindestens 3m vom Fahrbahnrand entfernt sein müssen. Freistehende Plakatwerbeträger, welche näher als 3m zur Fahrbahn aufgestellt sind, gefährden die Verkehrssicherheit. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist dieser Minimalabstand in jedem Fall einzuhalten.

Muri, den 22. März 2005

Beat Wegmüller

Auf die Frage der Vorsitzenden werden keine Einwände gegen das Verfahren erhoben.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die nächste Sitzung am 24. Mai 2005 stattfindet, da die April-Sitzung ausfällt.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

V. Bettler Suter

N. Roth